

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nr. S 1-60 Deutschland Mark 1-20
(inkl. Postzustellung)
Öst. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471**(OPPOSITION)**Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 30-9-58

Preis 15 Groschen

November 1929

3. Jahrgang. Nr. 48

Nieder mit dem Faschismus!

Was will die Bourgeoisie jetzt?

Offene kapitalistische Diktatur zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter, das ist das unverrückbare Ziel der Kapitalistenklasse.

Aber was will sie jetzt? Jetzt will sie auf dem Wege zu ihrem Ziel legal, mit Hilfe des außenparlamentarischen Heimwehrdruckes, so weit vorstoßen, daß sie sich als Ausgangsstellung für das weitere Vorgehen vor allem die legale Etablierung eines Bundespräsidenten mit fast diktatorischen Rechten sichert. Das zu leisten, ist die Aufgabe der Schoberregierung. Dieser Bundespräsident — Seipl ist dazu ausersehen — soll dann mit seinen legalen diktatorischen Rechten legal die volle offene kapitalistische Diktatur verwirklichen, den Faschismus, und schließlich die Habsburger wieder auf den Thron führen. Unterwegs soll natürlich der letzte Rest des revolutionären Schutts beseitigt werden: die Arbeitslosenunterstützung, der Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz, die Sozialversicherung, der Mieterschutz usw.

Kann Schober auf diese Weise legal nicht weit genug vorstoßen, legal nicht eine genügend starke Ausgangsstellung für den weiteren Vormarsch sichern, dann soll er einer Staatsstreichregierung Platz machen. Die soll dann mit Verfassungsbruch und Gewalt, maskiert durch irgendeinen Volksabstimmungsschwindel, also faschistisch, den Weg zur offenen kapitalistischen Diktatur und schließlich zur Wiederherstellung der Monarchie freilegen.

Der Krach der Bodenkreditbank hat einzelne Kapitalisten umgeworfen — sie sind weich gefallen — die kapitalistische Klasse wurde durch die Konzentration nur gestärkt.

Kunschaks Getue widerspiegelt die Sorgen des konservativen Teiles des Kleinbürgertums, taktisch soll dadurch der letzte Rest proletarischer Gefolgschaft der Bourgeoisie erhalten bleiben.

Die Taktik der Bourgeoisie mit der Schoberverfassung ist die Taktik der galizischen Pferdehändler. Sie will für den weiteren Verlauf weit mehr, aber jetzt ist sie mit viel weniger zufrieden als sie fordert. Sie hat absichtlich ihre Forderungen jetzt außerordentlich überspitzt. So kann sie der Sozialdemokratie Konzessionen machen, dennoch aber erreichen was sie will, während zugleich dieselben Konzessionen es der Sozialdemokratie ermöglichen sollen legal nachzugeben, sich gegenüber den Massen mit „Erfolgen“ auszuweisen, um sie vom Massenkampf gegen die Bourgeoisie abzuhalten.

Was will die Sozialdemokratie jetzt?

Wir sprechen nicht von ihrem Feiertagsziel. Das wirkliche Ziel der Sozialdemokratie ist: Zusammenarbeit mit den Kapitalisten in Wirtschaft und Staat. Sie will einen gewissen Anteil haben an der Leitung der kapitalistischen Wirtschaft, des kapitalistischen Staates, damit sich auch für das Kleinbürgertum im Kapitalismus leben lasse und auch für die Arbeiter ab und zu etwas abfalle.

Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt hat sich so verschärft und verschärft sich immer mehr, daß die Kapitalisten nicht mehr imstande sind den frommen Wünschen des freisinnigen Teiles des Kleinbürgertums, eben der Sozialdemokratie, entgegenzukommen. Der sich auf äußerste — gerade durch die stürmische Zentralisation und Konzentration der Betriebe — verschärfende Konkurrenzkampf zwingt die Kapitalisten, die österreichischen ganz besonders, eine solche Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter ins Auge zu fassen, die mit den der Sozialdemokratie zusagenden Methoden nicht zu erreichen, geschweige den zu behaupten ist. Die Kapitalistenklasse kann daher jetzt die Zusammenarbeit mit der SP nicht brauchen. Sie braucht die an keine Schranken gebundene Herrschaft, um die an keine Schranken gebundene Ausbeutung zu verwirklichen, mit einer Wort, sie braucht die Diktatur sans phrase.

Das Kleinbürgertum, gewohnt den Notwendigkeiten des Kapitalismus Rechnung zu tragen, hat nur eine Sorge: eben diese Notwendigkeiten zu erfüllen und dennoch — die Arbeitermassen hinter sich

zu halten. Und diesen Notwendigkeiten der Kapitalistenklasse Rechnung zu tragen, ohne daß die Arbeiter das merken, das ist jetzt das Ziel der Sozialdemokratie. Daher ihre Taktik: vor den Arbeitern tut sie als sei sie zum Kampfe auf Tod und Leben entschlossen — hinter den Kulissen ist sie bereits mitten drin' sich den Notwendigkeiten der Bourgeoisie zu beugen.

Die 47 Reichskonferenzen der Gewerkschaften sind eine Mobilisierung der Gewerkschaftsbureaucraten, nicht der Massen. Wollten sie die Massenmobilisierung zum Kampf, welch besseres Mittel gäbs, als in allen Betrieben Arbeiterräte wählen zu lassen und den Arbeiterrat einzuberufen. Aber sie denken nicht im Traum an Kampf. Hinter dem Gepolter der „Donnerworte“ der sozialdemokratischen Führer steckt nicht ein Funke ernstern Kampfwillens, sondern nur der Wunsch die Arbeiter ruhig zu erhalten und sie nicht merken zu lassen, das, was wirklich vorgeht: die alles bisherige weit übersteigende sozialdemokratische Kapitulation.

Die Sozialdemokratie ist bereit fast alles zu schlucken, aber „verfassungsmäßig“, d. h. wenn es mit ihr vereinbart wird. Es soll nach außen ausschauen, als ob sie nicht unter Zwang tue, sondern freiwillig.

Nur einen Preis verlangt sie für ihre „freiwillige“ Zustimmung. Sie will endlich einmal — „Ruhe und Ordnung“. Die „innere Abrüstung“, diese zentrale Forderung der sozialdemokratischen Kleinbürger, läuft darauf hinaus, daß die Arbeiterklasse der kapitalistischen Wehrmacht, der kapitalistischen Polizei, der kapitalistischen Gendarmerie, den kapitalistischen Gerichten, mit einem Wort dem kapitalistischen Staatsapparat sich rückhaltlos unterordne, darauf also: dem Versuch der Ausbeuter die kapitalistische Herrschaft, die proletarische Knechtschaft zu verewigen die Bahn zu ebnet.

Die Sozialdemokratie ist — das wissen die Kapitalisten — zu jedem Opfer für die Bourgeoisie bereit — auf Kosten der Arbeiter. Das Hindernis ist nicht die Sozialdemokratie, sondern die Arbeiter. Wie lange werden die Arbeiter die sozialdemokratische Politik, diese Politik der Aufopferung der proletarischen Klasseninteressen, weiterhin ruhig mitmachen? Das ist die Frage. Offenbar solange, als sie die Grundlehren ihrer eigenen Geschichte seit dem Umsturz nicht verstehen.

Wie ist die Arbeiterklasse in die heutige Lage gekommen?

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag hat Bauer gemeint: die Sozialdemokratie sei an Stimmen und Mitgliedern gewachsen, die Bourgeoisie an Gewehren, daraus erkläre sich die Lage. Wie die Lage zeigt, war dieser Einfall der Kapitalisten nicht schlecht, denn zweifellos stehen sie mit ihrer Gewehrsammlung stärker da als die sozialdemokratischen Führer mit ihrer Stimmzettelsammlung.

Allein wie so kommt es, daß die Bourgeoisie Stimmzettel und Waffen ansammeln konnte, die Arbeiterklasse jedoch nur Stimmzettel?

In der „Arbeiter-Zeitung“ (26. d.) beweist ein gewisser Löw der Bourgeoisie daß sie mit der Heimwehr begonnen hat und dann erst der Schutzbund gefolgt ist. Allein Löw beweist — ohne es zu wollen — viel, viel mehr. Jeder Arbeiter soll Löws Artikel lesen. Da erfährt er nun, wie die Heimwehren 1918, 1919, 1920 entstanden sind und sich bewaffnet haben. Doch gerade in diesen Jahren war die Sozialdemokratie führend in der Regierung, hatte die Volkswehr, hatte den Arbeiterrat hinter sich, hatte die Möglichkeit einzugreifen und — hat nicht einen Finger gerührt, um die Bildung und Bewaffnung der Heimwehr zu verhindern! Wohl aber hat sie die Arbeiterwehren entwaффnet, aufgelöst. Wohl aber hat sie die Volkswehr, den Arbeiterrat aufgelöst. Nicht angetastet hat sie den von der Monarchie übernommenen kapitalistischen Staatsapparat. Das Schlaucherl Friedrich Adler, der sich heute in Zürich in „Reserve“ hält, um im kritischen Moment die Arbeiter um eine Etappe länger

an der Nase ziehen zu können, ist damals, als man Schober & Co. glatt hätte absetzen können, vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um uns diesen seinen Liebling zu erhalten. Kein Arbeiter durfte unter Eldersch in die Polizei, dafür ließ er tausende arbeiterfeindliche Elemente aus Mistelbach und Umgebung in die Polizei aufnehmen. 1918 — 1920!

Die Seipel und Vaugoin brauchten nur fortzusetzen, wozu 1918—1928 die Renner — Eldersch — Deutsch — Bauer — Adler — Seitz den Grund gelegt. So

— durch die Schuld der Sozialdemokratie! — ist der heutige absolut arbeiterfeindliche Staatsapparat entstanden!

Im Frühjahr 1927 hat die SP den letzten Rest der für die Arbeiter greifbaren Waffen ausgeliefert (Arsenal). Die Gewerkschaftskommission kündigte damals „außerordentliche Maßregeln“ an, um den Massen vorzutauschen, daß etwas geschehen werde den Raub zu verhindern. Natürlich hat sie in Wirklichkeit keinen Finger gerührt. Diesen Trick mit den „außerordentlichen Maßnahmen“ wiederholen heute die 47 Reichskonferenzen der Gewerkschaften.

Am 15. Juli 1927 hat die Sozialdemokratie die Bewaffnung der Arbeiter verhindert. Wer das bisher noch nicht geglaubt hat, der lese es schwarz auf weiß in der „AZ“ vom 24. d. M. aus der Feder Schorsch's.

Zwangsläufig mußte so durch die sozialdemokratische Politik die Bourgeoisie erstarken, daß sie sich jetzt erlauben kann zum Wurf nach der offenen kapitalistischen Diktatur. Die heutige, für die Arbeiter so überaus gefährliche Lage, sie ist nicht von selbst gekommen, sondern als Folge der sozialdemokratischen Politik.

Dieses niederschmetternde Ergebnis drückt am schärfsten aus den Bankrott der Sozialdemokratie als proletarischer Partei. Noch erkennen das wenige Arbeiter. Aber die Tatsachen werden das Gebäude der sozialdemokratischen Phrasen noch viel grausamer zuzerreißen und werden mit schwersten blutigen Argumenten das wahre Wesen der Sozialdemokratie verstehen lehren. War einmal die historische Rolle der Sozialdemokratie die, die Arbeiterklasse zu erwecken, so ist ihre Rolle heute — historisch gesehen — nur noch die, der Arbeiterklasse zu zeigen, wie es — nicht zu machen ist.

Das bedeutet nicht, daß der Aufstieg der Sozialdemokratie abgeschlossen sei. Keineswegs. Vor den sozialdemokratischen Führern steht noch eine glänzende Karriere. Sie werden emporklimmen auf den Pfaden Briands, Millerands und auch Mussolinis, Pilsudskis. Sie werden ihr pazifistisches Jungfernhütchen abwerfen und werden sich mannbar — streitbar vermählen mit der wirklichen Macht — gegen die Arbeiter!

Wer wird siegen?

Das große kombinierte Manöver der Bourgeoisie und Sozialdemokratie die Arbeiter kampfflos aus so überaus wichtigen Positionen zu drängen mag diesmal vielleicht noch gelingen. Der Punkt wird kommen, vielleicht früher als mancher denkt, wo es mit dem größten Betrugsmanöver nicht mehr geht, wo es nur mehr geht mit der blutigen Klassenentscheidung.

Wenn die Arbeiter nicht kämpfen — wird die Bourgeoisie siegen.

Aber die Arbeiter werden kämpfen, werden sich wie eine Springflut erheben und werden siegen!

Die Massen selbst werden die proletarische Sache retten, trotz des Verrats der Sozialdemokratie, trotz des Versagens der Kommunistischen Partei. Die Kommunisten aber werden in und mit den kämpfenden Massen die Klassenpflicht erfüllen.

Nur in der Perspektive geht es jetzt um die proletarische Diktatur. Es kann nicht anders sein beim Nichtvorhandensein einer ersten kommunistischen Partei. Auf dem Rücken der unter ungeheuren Opfern siegenden Massen wird emporkommen zunächst — trotz allen Verrates — die Sozialdemokratie.

Aber zugleich werden die Bedingungen erstehen für das Entstehen und Wachsen der proletarischen

An die Mitglieder der K. P. Ö.!

Werte Genossen!

16. Oktober 1929.

Die RF (13. X.) erzählt euch etwas vor vom „Zusammenbruch des Trotzkyismus“. Die verbannten und eingekerkerten linksoppositionellen Kommunisten haben ein Schreiben an das ZK der russischen KP gerichtet, dem sich Genosse Trotzky angeschlossen hat. Dieses Schreiben ist seit 22. August in den Händen Stalins. Warum hat er es nicht längst schon veröffentlicht? Warum veröffentlicht er es nicht jetzt? Warum veröffentlicht es nicht die RF? Weil ihr sonst die Wahrheit erfahren würdet, die Wahrheit die man euch schon lange vorenthält. Die Wahrheit ist die folgende: 1. Die äußere und innere Lage der Sowjetunion wird immer schwieriger. 2. Die Lage der Kommunistischen Parteien in allen Ländern wird immer schwieriger, ihr politischer Einfluß, ihre Mitgliederzahl sinkt. 3. Stalin hat zwar viele Forderungen der Linksopposition übernommen, aber verwässert, zentristisch, das heißt zwischen links und rechts schwankend, darum bleibt auch sein Kampf gegen die rechte Gefahr unwirksam. 4. Diese für das Gesamtproletariat, für die proletarische Revolution so gefährliche Lage hat die russische Linksopposition veranlaßt, sich in einem Briefe, den Gen. Trotzky in seiner Grundlinie billigt, an das ZK der RKP zu wenden und Platz in der Partei zu fordern, um angesichts der anwachsenden Gefahren durch Zusammenschluß der Kommunisten die revolutionäre Front zu verstärken.

Die russische Linksopposition hat nicht kapituliert! Sie fordert ihren Platz in der Partei nicht unter Preisgabe ihrer revolutionären Auffassungen sondern, um „gemäß ihrer Anschauungen die Sache der

Revolution zu verteidigen!“ Das ist kein Manöver, das ist ein ehrliches Angebot, denn sie fordert nur jene Rechte, die nach dem Kommunistischen Statut jedem Kommunisten zustehen. Wir sind überzeugt, Werte Genossen, daß ihr einig seit mit uns in der Auffassung, daß es hoch an der Zeit ist, daß der Bruderkampf unter den Kommunisten ein Ende nimmt, der nur den Kapitalisten und Kleinbürgern (SP) zu Gute kommt, ihn zu beenden durch eine ehrliche bolschewistische Einigung, das heißt durch Einigung auf dem Boden Lenins.

Werte Genossen! Es läge nahe, daß wir, die Mitglieder der KPOe (Opposition), die wir mit Trotzky politisch vollkommen einer Meinung sind und den Brief der Genossen Rakowsky-Trotzky billigen, einen ähnlichen offenen Brief an das ZK der KPOe richten. Warum tun wir das nicht? Weil wir wissen, daß das österreichische ZK, in dieser Frage gar nichts zu reden hat, sondern vollkommen von der Leitung der Stalinfraktion in Moskau abhängt. Von großer Wichtigkeit ist es aber wie ihr, die Mitglieder der KPOe, über die Einigung der Kommunisten denken. Und dazu sagen wir euch: 1. Die Lage der KPOe wird immer schwieriger, ihr Einfluß sinkt. 2. Die Lage des Proletariats in Oesterreich wird immer schwieriger. 3. Es wäre hoch an der Zeit, daß die Kommunisten Schluß machen mit dem Bruderkrieg, daß sie sich einigen auf dem Boden Lenins, sich von den Fehlern der Vergangenheit vor der gesamten Arbeiterschaft reinigend, die rechte Gefahr überwindend und auch die ultralinke Gefahr.

Den ersten Schritt, den ihr, die Mitglieder der Partei, die Arbeiterkommunisten, machen müßt, Werte Genossen, das ist, daß ihr die persönliche Hetze nicht duldet, die die Parteibürokraten betreiben, um

euch eine brüderliche Prüfung der wirklichen Meinungsverschiedenheiten unmöglich zu machen; daß ihr diese Mauer von Lügen und Verleumdungen zerstört, die die Apparatschiki aufgerichtet haben, um eine Einigung zu verhindern; und schließlich daß ihr unsere politischen Auffassungen brüderlich und ohne Vorurteil prüft. Wir unsererseits, Werte Genossen, sagen euch, daß wir uns niemals als eine Partei betrachtet haben und auch niemals das Ziel hatten eine solche zu werden, sondern daß unser einziges Ziel war und ist eine Gesundung der Partei zu erkämpfen, eine gesunde einheitliche Partei. Wir waren und sind eine Fraktion. Unfreiwillig! Die Parteibürokraten haben unsere Rechte in der Partei mit Füßen getreten und uns widerrechtlich aus der Partei gedrängt, es blieb uns kein anderer Weg als die Bildung der Fraktion. Die KPOe (Opposition) ist eine Fraktion deren Ziel ist: die gesunde, einige KPOe auf dem Boden Lenins.

Sowenig die russische Linksopposition, sowenig denken wir an die Kapitulation, das heißt an die Preisgabe unserer Auffassungen. Aber wir denken an die Sowjetunion, an das Weltproletariat, an die Weltrevolution, wir denken daß es hoch an der Zeit ist, den wachsenden Gefahren in verstärkter Front entgegenzutreten und wir glauben mit euch eines Sinnes zu sein, daß es dafür gibt nur ein einziges Mittel: die Einigung aller Kommunisten auf dem Boden Lenins.

Im Interesse der Partei, der Komintern, der Sowjetunion, des Weltproletariats, der Weltrevolution appellieren wir an euch diesen Kampf um die Einigung der russischen Kommunisten, der Kommunisten in der ganzen Welt, der Kommunisten auch in Oesterreich mit aller Kraft zu unterstützen.

Mit kommunistischem Gruß
Die Leitung der Kommunistischen Partei
Oesterreichs (Opposition).

Sind in Hainburg Wohnungsbauten durch die Gemeinde nötig und möglich?

Sooft in Hainburg diese Frage aufgeworfen wurde, war es der Gemeindevertretung höchst unangenehm. Denn ein Eingehen darauf hätte das patriarchalische Verhältnis zwischen Wirtschaftspartei und Sozialdemokraten vielleicht gestört und wurde daher mit der Ausrede abgetan: Es ist kein Geld da, die Gemeinde ist arm und kann sich's nicht leisten. Und noch ein anderer „Grund“ mußte herhalten: Wenn die Leute bei der Gemeinde wohnen, würden sie keinen Zins zahlen. Die Gemeinde baute im vorigen Jahr die Wasserleitung. Aber damit sind doch nicht die Aufgaben einer sich sozialistisch nennenden Gemeinderatsmehrheit erschöpft! Es ist höchste Zeit das Wohnungselend in Hainburg zu beheben. Damit würde den Wohnungslosen und den Arbeitslosen geholfen. In der letzten Mitgliederversammlung der SP wurde gegen uns Kommunisten der Vorwurf erhoben, daß wir uns nur deshalb an der Gemeinderatswahl beteiligen, um die Arbeit der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit zu erschweren. Nun, die Arbeiter und Arbeitslosen von Hainburg werden wissen, was sie von dieser Behauptung zu halten haben. Nur der Initiative der Kommunisten ist es zu danken, daß die Arbeitslosen im heurigen Winter eine wenn auch geringe Aushilfe teils an Unterstützung, teils an Kohle und Milch bekommen haben! Würde vielleicht dadurch die Arbeit im Gemeinderat „erschwert“? Oder ist unsere jetzige Forderung nach Wohnungen eine „Erschwerung“? Die Sozialdemokratie erklärt, daß das neue Mietengesetz dazu geschaffen wurde, damit die Gemeinden durch Benützung des Wohnbauförderungsgesetzes in der Lage sind, Wohnungen zu bauen. Nun, daß der Zins erhöht wurde, spüren wir alle, aber von Wohnungen spüren wir gar nichts. Bei erstem Willen wäre es möglich zu bauen und Arbeit zu schaffen. Der Mietzins wäre nur um wenig höher als in den Wanzenburgen. Nachstehendes Beispiel soll es beweisen: Als praktischste Bauart käme bei uns das Einfamilienhaus in Betracht. Nimmt man nun das Gesamterfordernis eines Einfamilienhauses (Baukosten samt Grundpreis) mit 10.000 Schilling an, so hat die Gemeinde den Besitz von „eigenen Mitteln“ in der Höhe von 20 Prozent des Betrages, also 2000 Schilling nachzuweisen. Auf diesen Betrag wird der reine Wert des Baugrundes angerechnet. Nimmt man nun den Wert des Grundstückes mit 500 S an, so müßte also der Bauwerber (die Gemeinde) außer dem Grundeigentum noch bar 1500 S zur Verfügung haben, die bei der Hypothekenanstalt zu hinterlegen wären. Weitere 30 Prozent des Gesamterfordernisses, d. s. 3000 S, müssen als „Darlehen gegen erste Hypothek“ nach Baufertigstellung zugesichert sein. Für die Bauzeit tritt an Stelle dieses Darlehens der „Baukredit“. Für die restlichen 50 Prozent, d. i. für 5000 S tritt nun die Zusage der Bundeszuschüsse für das von der Hypothekenanstalt gewährte „begünstigte Darle-

hen“ ein. Die Frage nach der jährlichen Leistung für die zirka 40jährige Laufzeit des Darlehens ist bei den vorerwähnten Annahmen folgend zu beantworten: Für das „Darlehen gegen erste Hypothek“ ist voraussichtlich eine jährliche Verzinsung und Tilgung von 10 Prozent zu rechnen, während für das „begünstigte Darlehen“ ein jährlicher Zinsen- und Tilgungsbeitrag von ungefähr 3 Prozent zu leisten ist. Für das „Darlehen gegen erste Hypothek“ beträgt daher die jährliche Leistung bis zu 300 S und für das „begünstigte Darlehen“ zirka 150 S, zusammen 450 S. Dazu 50 S jährlich Betriebskosten ergibt insgesamt 500 S jährlich. Die jährlichen Leistungen verringern sich natürlich in dem Ausmaß, als an Stelle des in Anspruch zu nehmenden „Darlehens gegen erste Hypothek“ eigene Mittel treten. Der Zins würde sich monatlich auf etwa 30—35 S stellen und man würde in gesunden Wohnungen wohnen. Obige Ausführungen sind keine Phantasien, sondern sind der Nummer 42 der „Oesterr. Baugewerkschaft“ entnommen.

Arbeiter, Arbeitslose! Wählt zur Vertretung eurer Interessen im Gemeinderat Kommunisten!

Zur Ausrede „es ist kein Geld da“: Im Lande Niederösterreich hat die Sozialdemokratie zusammen mit den Bürgerlichen dafür gestimmt, daß 18 Prozent der Gemeindeumlagen eingezogen werden; ja die Sozialdemokratie hat sogar für das niederösterreichische Budget gestimmt, obwohl darin eine Landeskongrua von 480.000 Schilling vorgesehen ist! Freidenker was sagt ihr dazu?!

Wählt am 10. November Kommunisten!



Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Zentraler Sitz:

Gasthaus Fanowitsch,
XVI., Koppstraße 47

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr abends.

Aus den Statuten § 1: Der Arbeiterkulturbund „Spartakus“ hat den Zweck, marxistische Kulturarbeit zu leisten.

Nächster **Bildungsabend**: Freitag, den 15. November, in Aumann's Saal, XVI., Hafnerstraße 46, Thema: Welche Organisationen hat eine Klasse und in welchem Verhältnis stehen diese Organisationen zur Klasse und zueinander? Leiter Diskussion: Gen. Frey.

Bibliothek: Bücherausgabe jeden Freitag, halb 7 bis halb 8 Uhr Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47. Genossen, Genossinnen! Nützt die Winterabende zu Eurer Fortbildung aus.

Arbeiterbühne: Montag, 4. November Probe in Stummvoll's Gasthaus, XVI., Lindauergrasse 25.

Wandergruppe:

Sonntag, den 3. November: 1. Partei: halb 9 Uhr Endstation 60er Mauer. Weiterfahrt nach Brunn a. G. von dort Wassergespreng—Höllenstein—Jägerwiese (Mauer). — 2. Partei: halb 2 Uhr nachm. Endstation Mauer. Jägerwiese. Hier Zusammentreffen beider Parteien.

Sonntag, den 10. November: Endstation 46er (Ottakring) 1 Uhr mittags: Jubiläumswarte—Hütteldorf.

Sonntag, den 17. November: 1. Partei: Endstation 13er Neuwaldegg 8 Uhr früh. Weidling a. B., Windischhütte—Sophienalpe—Rieglerhütte. —

2. Partei: Endstation Stadtbahn Hütteldorf 1 Uhr mittags Rieglerhütte. (Treffen mit der 1. Partei.)

Sonntag, den 24. November: Endstation Stadtbahn Hütteldorf 1 Uhr mittags Schottenhof—Neuwaldegg.

Im Falle schlechten Wetters treffen sich alle Genossen und Genossinnen im Café Waidinger (Extrazimmer), XVI., Gablenzgasse, Ecke Gürtel (bei Stadtbahnstation Burggasse), 7 Uhr abends. Vortrag, Vorlesung, Diskussion, Schachspiel.

Zu allen Veranstaltungen sind Sympathisierende, sowie Abonnenten der „Arbeiter-Stimme“ eingeladen.

Skandalöse Verkehrsverhältnisse auf der Bundesbahnstrecke Mistelbach—Wien, Nordbahnhof.

So wie auf allen Linien der Bundesbahn in der Umgebung von Wien, ist auch auf dieser ehemaligen Landesbahn der Verkehr insbesondere an Sonntagen ein sehr reger. Der Zug, der um 19.30 Uhr in Korneuburg ankommt, ist gesteckt voll. In Korneuburg, Bisamberg und Langenzersdorf wartet eine Unmasse Menschen auf diesen Zug, der sie nach Wien bringen soll. Der Zug kommt in Korneuburg schon vollbesetzt an. Was tut die Bahnverwaltung um den Anforderungen gerecht zu werden? Sie kuppelt in Korneuburg noch drei Waggons ab und pfercht die Passagiere dieser Waggons in die anderen, schon ohnedies vollbesetzten. Das Abkuppeln und Verschieben dieser Waggons muß der Lokomotivführer dieses Zuges selbst besorgen, was beinahe eine halbe Stunde in Anspruch nimmt. Solange müssen die Passagiere auf das Weiterfahren des Zuges warten, in vollgepferchten Waggons.

Es wird den Fahrgästen das Fahren mit der Bahn durch solche idiotenhafte Praktiken vereckelt, so daß es jeder, der nicht eine Regiekarte hat, vorzieht mit dem Autobus zu fahren, obwohl es teurer kommt. Dann raunzt die Bundesbahnverwaltung über Defizit.
Hans Kroupa, XXI.

Neuerliche Beschlagnahme der „Arbeiter-Stimme“.

Nummer 47 wurde wegen „Aufreizung“ beschlagnahmt und gegen den verantwortlichen Redakteur, Gen. Gründwald, die Anklage erhoben. Hintereinander wurde die „Arbeiter-Stimme“ nun dreimal konfisziert. Die Konfiskationen der „Roten Fahne“ sind nicht mehr zu zählen, es vergeht fast kein Tag, ohne daß die Staatsanwaltschaft irgendwie die R. F. verfolgt. Neuerdings wurde die Hochverratsanklage gegen die R. F. erhoben. Die kommunistische Presse wird also planmäßig verfolgt. Noch bezeichnender aber für den jetzigen Kurs ist die unerhörte Tatsache, daß eine Mitgliederversammlung, die die Partei im zehnten Bezirk veranstaltete, von der Polizei aufgelöst wurde, „weil sie nicht angemeldet sei.“

Druckfehler. In dem Artikel „Die Stalinwirtschaft“ in Nr. 47 soll es im Schluß richtig heißen: „... hilft uns das Banner der Revolution, das die Sinowjiten, die Bucharinen und die Stalinisten...“

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kralik, Wien, V., Castellgasse 3 — Druck: Buch- und Kunst-druckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter Friedrich Stadler, Wien, III., Custozzaggasse 8.

Leo Trotzky. Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition.

(Die Ultralinken und der Maxismus. — Welchen Weg geht der Leninbund) Preis 50 Groschen. Bestellungen an die Administration der „Arbeiter-Stimme“ zu richten. Jeder Arbeiter, insbesondere jeder revolutionäre Arbeiter muß diese wichtige Broschüre lesen!